



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 60. Ratssitzung vom 13. September 2023

2250. 2023/144

Motion von Reis Luzhnica (SP), Patrick Hässig (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:

Festsetzung eines Vollzeitpensums für die Assistenzärzteschaft in allen städtischen Gesundheitsorganisationen bei 42 Stunden pro Woche und gleichem Lohn

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Reis Luzhnica (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1577/2023): Während der Pandemie haben wir viel für die Pflegemitarbeitenden der Stadtspitäler gemacht. Das Programm «Stärkung Pflege» beabsichtigt die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen in den Stadtspitälern, um Personalabgänge zu verhindern und Personalzugänge zu fördern. Ob sich daraus langfristige Verbesserungen wie weniger Stress, Fehler oder Krankheitstage ergeben, bleibt abzuwarten. Ein Effekt, der sofort ersichtlich wurde, ist, dass es für die Stadtspitäler einfacher wurde, Personal zu rekrutieren. Das Programm «Stärkung Pflege» war eine mutige Initiative der Stadt. Gemäss Stadtrat soll nun auf den Kanton gewartet werden. Leider fehlt es der Stadt am nötigen Mut und Willen, um als Pionierin aufzutreten. Mut würde die Forderung implizieren, dass alle Stadtangestellten die gleiche Arbeitszeit leisten. Die Normalarbeitszeit von Assistenzärzt*innen beträgt 50 Stunden pro Woche plus Überstunden. Wohl niemand im Saal möchte sich von einer solchen Ärztin oder einem solchen Arzt operieren lassen. In unseren Diskussionen stand auch eine höhere Reduktion der Arbeitszeit zur Debatte. Wir schlossen uns aber der Forderung des Verbandes Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen (VSAO) an. Seitens Ärzteschaft ist dies ebenfalls eine direkte Forderung und sinnvoll hinsichtlich des Arbeits- und Lernaufwands. Mittels der Motion von Tanja Maag Sturzenegger (AL) und David Garcia Nuñez (AL) soll in einem Pilotprojekt getestet werden, ob eine zeitgemässere Arbeitszeit für die Ärzteschaft möglich ist. Somit fordern wir in einem ersten Schritt eine Senkung der Arbeitszeit auf 42 Stunden pro Woche. Mit einem Pilotprojekt soll getestet werden, ob eine zusätzliche Reduktion, zum Beispiel auf 35 Stunden pro Woche, machbar ist. Gegen den Willen des Stadtrats halten wir an der Motion fest. Zudem will ich zur vorangegangenen Interpellation anfügen, dass Ärzte zunehmend durch klinische Fachspezialisten entlastet werden. Dies resultiert in einem niedrigeren Dokumentationsaufwand.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Primär lehnt der Stadtrat den Vorstoss aus rechtlichen Gründen ab, da die Regelung der Arbeitszeit, deren Einteilung und die Festlegung der Ruhetage



2 / 4

in die Kompetenz des Stadtrats fallen. Gleichzeitig haben wir signalisiert, dass wir dem Anliegen positiv gesinnt sind. Wahrscheinlich zweifelt kaum jemand in diesem Raum daran, dass Handlungsbedarf besteht. Wir wollen nicht nur attraktive Arbeitsregelungen in der Stadt, sondern auch solche, die kantonale oder schweizweit gültig sind. Ein alleiniges Vorgehen des Stadtspitals ist nicht unser Ziel. Ein solches Vorgehen würde zu Konkurrenz im Beruf der Assistenzärztinnen und -ärzte führen. Eine kantonale Lösung ist gefordert, damit alle Spitäler die gleichen Ausgangsbedingungen haben. Nichtsdestotrotz wird im Stadtspital ein Pilotprojekt durchgeführt werden, in dem strukturierte Weiterbildungen inkludiert sein werden. Ob weiteres Optimierungspotential gefunden werden kann, ist abzuwarten. Hinsichtlich Dokumentationsaufwand ist zu sagen, dass es Rahmenbedingungen gibt, die wir nicht ändern können. Zudem ist der VSAO in Gesprächen mit den kantonalen Spitälern, um eine einheitliche Lösung in Form eines Gesamtarbeitsvertrags zu finden. Im Idealfall deckt sich diese Lösung mit unserem Pilotprojekt.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Anken (SVP): *Die Reduktion der Arbeitszeit auf 42 Stunden impliziert eine deutliche Lohnerhöhung. Begründet wird die Motion mit langen Arbeitstagen, Stress, Fehlern usw. 39 Prozent der Assistenzärzte arbeiteten elf oder mehr Stunden pro Tag und 56 Prozent hätten Angst vor einem Burnout. In der eben diskutierten Interpellation hat der Stadtrat aufgezeigt, dass diese Behauptungen nicht stimmen. Eine Möglichkeit zur Entlastung der Assistenzärzte könnte die Verkürzung der Arbeitszeit sein, indem klinische Fachspezialisten und Sozialdienstmitarbeitende eingesetzt werden, was wiederum Kosten zur Folge hätte. Die Ausbildungskosten für eine Ärztin oder einen Arzt betragen über eine Million Franken. Der Beruf des Arztes ist kein 0815-Job. Notfälle können immer vorkommen, weswegen eine Ärztin oder ein Arzt dann länger arbeiten muss. In vielen Berufen haben Menschen Angst vor Burnouts. Dies ist aber kein Grund, um die Arbeitszeiten zu reduzieren. Nach der Ausbildung haben Ärzte gute Löhne. Somit darf eine höhere Leistungsbereitschaft erwartet werden. Das Problem des Gesundheitswesens ist die Bürokratie. Würden sich junge Ärzte gegen diese wehren, würde etwas passieren. Bürokratische Abläufe sollten hinterfragt werden, bei Unklarheiten sollten die Vorgesetzten für Klarheit sorgen. Effizienz entsteht nicht durch blinden Gehorsam, sondern durch aktives Handeln gegen unnötige Prozesse. Es ist klar, dass die aus dem Ruder laufenden Kosten des Gesundheitswesens ernsthaft diskutiert werden müssen.*

Patrick Hässig (GLP): *Walter Anken (SVP) hat es richtig gesagt: Unser Gesundheitssystem ist teuer. Aber wir wollen, müssen und können es uns leisten. Davon bin ich überzeugt. Zudem finde ich es billig, wenn er die Situation der jungen Assistenzärzte als selbstverschuldet beurteilt. Da ich selbst im Stadtspital Triemli arbeite, kann ich bestätigen, dass junge Assistenzärzte sehr engagiert sind und ihnen ihre Situation alles andere als gleichgültig ist. Gemäss der Motion haben 80 Prozent der Assistenzärztinnen und Assistenzärzte Fehler begangen, weil sie müde und überlastet waren. Und 56 Prozent von ihnen haben Angst vor einem Burnout. Überstunden und Bürokratie in Form von enormer Dokumentation sind für diese Situation verantwortlich. In diesem Punkt sind wir uns wahrscheinlich über die Parteigrenzen hinweg einig. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass sinnlos dokumentiert werden muss. Wieso im Minimum 50 Stunden pro Woche*



gearbeitet werden sollen, ist mir nicht klar. Bei Assistenzärztinnen und Assistenzärzten ist die Familienplanung oft ein Thema. Mit einer 50-Stunden-Woche gestaltet sich diese schwierig. Beruf und Familie müssen aber vereinbar sein, das ist der GLP wichtig. Gemäss der Antwort des Stadtrats sei das Anliegen der Motion nicht motionabel. Aber gemäss Artikel 54, Absatz 2, Litera a der Gemeindeordnung (GO) erlässt der Gemeinderat die wesentlichen Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis der Angestellten. Da es für uns Motionäre sehr wichtig ist, wie viel Assistenzärztinnen und Assistenzärzte vertraglich arbeiten müssen, halten wir an dieser Motion fest. Wenn Chefärztinnen und -ärzte mir sagen, dass ein Betrieb ohne viele zusätzliche Assistenzärztinnen und -ärzte möglich ist, dann ist das für mich der Beweis, dass die geforderte Arbeitsreduktion keine Utopie ist. Zudem habe ich zusammen mit Josef Widler (Mitte), der SP und den Grünen beim Kantonrat eine Anfrage eingereicht. Genauso wie es ein Programm «Stärkung Pflege» brauchte, braucht es ein Programm «Stärkung Assistenzärzte».

David Ondraschek (Die Mitte): *Die Mitte ist mit der Anpassung der Arbeitslast der Assistenzärzteschaft einverstanden. Leider birgt die Anpassung durch eine Reduktion der Arbeitszeit Tücken. Denn nur weil weniger gearbeitet wird, gibt es nicht weniger Patienten und Aufgaben. Folglich muss die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit erledigt werden. Der Preis der Erhöhung der Produktivität zeigt sich beispielsweise in der Reduktion von Absprachen, was das System fehleranfälliger macht. Auf der Ebene der Assistenzärzte entsteht so ein erhöhter Druck, da ihre Arbeitsqualität gleichbleiben soll. In der Volksschule wurde ein ähnlicher Versuch unternommen. Studien zeigten, dass eine durchschnittliche Lehrperson zu viel Arbeit leistet. Zur Entlastung wurde ein neuer Berufsauftrag eingeführt. Im Alltag zeigte sich jedoch, dass weniger Zeit für die gleiche Arbeit keiner Entlastung entspricht. Das grundlegende Interesse der Motion teilen wir, wenngleich wir ihre Überweisung nur in Form eines Postulats unterstützen.*

Deborah Wettstein (FDP): *Die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit für Assistenzärztinnen und Assistenzärzte im Spital beträgt 50 Stunden. Die Realität ist oft eine andere. Gemäss der Umfrage des VSAO arbeitet jede Ärztin länger als gesetzlich zulässig. Zudem liegt die durchschnittliche Arbeitszeit von Assistenzärzten deutlich über 50 Stunden. Viele Ärzte sammeln mehr als die erlaubten 150 Überstunden und arbeiten mehr als sieben Tage aneinander. So wird das Gesetz bei drei von vier Assistenzärzten umgangen. Während der Pandemie akzentuierte sich dieses Problem. Das Pflegepersonal wie auch Ärztinnen und Ärzte waren am Anschlag. Als Folge nahmen auch unter Assistenzärzten Burnouts zu. Wissenschaft, Lehre und Weiterbildung stellen neben der Arbeit am Patienten eine weitere Belastung dar. Die FDP unterstützt das Anliegen und die Anpassung der Arbeitszeiten. Dadurch profitieren die Patientinnen und Patienten auch von einer höheren Behandlungsqualität. Die FDP unterstützt aber nur eine Überweisung in Form eines Postulats, denn gemäss der Antwort des Stadtrats ist das Anliegen der Motion nicht motionabel. Ein Postulat erlaubt eine kantonal harmonisierte Umsetzung. Dies ist unabdingbar, da viele und komplexe Abklärungen getroffen werden müssen.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Die AL unterstützt die Motion. Dem Stadtrat will ich mitteilen, dass die zur Debatte stehenden Arbeitszeitmodelle bereits in anderen Spitälern*



4 / 4

eingeführt wurden. Beispiele sind Wetzikon, die Inselgruppe Bern und vielleicht bald Affoltern. Zürich kann das also auch. Zudem freut es mich, dass gewisse Parteien lernfähig sind. Denn als Tanja Maag Sturzenegger (AL) und ich ein Pilotprojekt für zwei Stationen mit 43 Stunden forderten, winkte die GLP mit dem Argument ab, wir könnten uns das nicht leisten. Heute will die GLP ein ganzes Spital auf eine 46-Stunden-Woche trimmen. Traurig stimmen mich die Aussagen über angeblich zu hohe Gesundheitskosten. Gemäss OECD betragen diese 11,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts. In Frankreich sind es 12,4 Prozent, in Deutschland 12,5 Prozent und in Österreich 11,5 Prozent. Die Prozentsätze sind mit der Schweiz vergleichbar. Angesichts der Qualität und Versorgungslage hat die Schweiz kein Luxussystem. Schweden oder Spanien haben ein günstigeres national finanziertes Gesundheitssystem. Schade ist auch zu hören, dass Lösungen zur Entbürokratisierung und Entlastung nicht ernst genommen werden.

Walter Anken (SVP): *Gemäss David Garcia Nuñez (AL) sind die Gesundheitskosten nicht zu hoch. Wenn mehr als 30 Prozent ihre Prämien nicht bezahlen können, dann sind die Gesundheitskosten zu hoch. Eine Kostensteigerung von 20 Milliarden Franken innerhalb von zehn Jahren ist problematisch. Die Aussage von Patrick Hässig (GLP) ist falsch. Jungen Ärzten habe ich nie unterstellt, dass sie faul wären. Ich habe mich auf Josef Widler (Die Mitte) bezogen, der fragte, warum junge Ärzte spitalinterne Prozesse nicht hinterfragen und Forderungen stellen. Man darf nicht alles blind akzeptieren, sondern der Kontakt zu Vorgesetzten muss bewusst gesucht werden. Veränderungen können nur so angestossen werden. Eine Reduzierung der Arbeitszeit bei Ärztemangel wird dazu führen, dass wir mehr Ärzte brauchen. Müssen wir mehr Ärzte einstellen, erhöhen sich die Gesundheitskosten. Die Lösung kann nur im Abbau der Bürokratie liegen.*

Patrick Hässig (GLP): *Ich ziehe meine Aussage gegenüber Walter Anken (SVP) zurück. Die hierarchische Dynamik innerhalb der Ärzteschaft, aus der ein Abhängigkeitsverhältnis resultiert, sollte aber nicht unterschätzt werden. Das Ansprechen von Missständen kann deswegen schwierig sein.*

Reis Luzhnica (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 66 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat